

Eine sozial-ökologische Wende ist überfällig



Der Autor

Prof. Dr. Hubert Weiger ist Vorsitzender des BUND.

Die Wählerinnen und Wähler haben sich für einen Regierungswechsel in Berlin entschieden. Eine Entscheidung für Atomkraft und Agrogentechnik war das nicht – zeigen aktuelle Umfragen doch, dass Union und FDP die Bundestagswahl nicht wegen, sondern trotz ihrer Position zur Atomenergie und Genmanipulation gewonnen haben. Denn auch ein großer Teil ihrer Wählerschaft will den Ausstieg aus der lebensfeindlichen Atomenergie und keine Gentechnik im Essen.

Der BUND hat die Koalitionsverhandlungen intensiv begleitet und versucht, den Umweltpolitikern von Union und FDP den Rücken zu stärken. Einige Abgeordnete des neuen Regierungslagers haben offen von der Parteilinie abweichende Positionen vertreten. So hat Josef Göppel (CSU) schon vor der Wahl mutig Flagge gezeigt und eine Anzeige des BUND für den Atomausstieg unterzeichnet.

Der BUND appelliert an Union und FDP, ihren Atomkurs aufzugeben und konkreten Klimaschutz zu forcieren – durch Energiesparen und einen naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei der mit über 50 000 Teilnehmern größten Anti-Atom-Demo seit 20 Jahren waren Anfang September in Berlin BUND-Mitglieder aus ganz Deutschland zahlreich und sichtbar vertreten. Statt einer Renaissance der Atomenergie gibt es eine eindrucksvolle Renaissance und Verjüngung der Anti-Atom-Bewegung. Mit allen legalen Mitteln werden wir weiter für den Ausstieg aus der Atomkraft kämpfen. Wir werden den Stromkonzernen Eon, RWE und Co. nicht das Feld überlassen, wenn sie mit immer älteren und unsichereren AKW ihren Gewinn – und unser aller Risiko – maximieren wollen; und das, wo die Endlagerfrage völlig ungeklärt ist! Bitte schreiben Sie Ihrem Wahlkreisabgeordneten: Der Atomausstieg darf nicht rückgängig gemacht werden. Und die vorrangige Netzeinspeisung für erneuerbare Energien darf auch durch die Hintertür nicht gekippt werden.

Mit Blick auf unser Essen und eine ökologische Landwirtschaft werden wir vor allem CDU und FDP in den nächsten Jahren klarmachen: Wer Gentechnik sät, wird Widerstand ernten. Wir hoffen, die SPD findet in der Opposition endlich eine klare Linie zur »Gentechnikfreiheit« und behält ihren Anti-Atom-Kurs bei. Mit dem Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel als Parteivorsitzendem hoffen wir auf eine Ökologisierung der SPD, die sie noch als Regierungspartei – bei neuen Kohlekraftwerken oder der ökologischen Verkehrswende – schmerzlich vermissen ließ.

Einen Lichtblick gibt es bei der Rettung des vom BUND initiierten Naturschutzprojektes »Grünes Band«: Die Koalition führt es in ihrer Vereinbarung als zentrales Projekt des Biotopverbunds, das sie als »Nationales Naturmonument« auf 1400 Kilometer Länge rechtlich sichern will. Ebenso will sie unser Projekt »Grünes Band Europa« unterstützen. Auch bei der Rettung der letzten frei fließenden Flüsse – wie der Elbe oder Teilen der Donau – gibt es Zeichen der Hoffnung. Der Koalitionsvertrag betont ihre zentrale Bedeutung. Doch trotz großen Einsatzes (u. a. des FDP-Abgeordneten Horst Meierhofer) fehlt ein klares Wort zum Verzicht auf Staustufen an der Donau und den Ausbau der Elbe.

Angesichts immer deutlicherer Warnungen vor einem Klimawandel, der nicht nur auf den Malediven, sondern auch bei uns die Lebensgrundlagen gefährdet, fordert der BUND einen viel konsequenteren Klimaschutz. Wir müssen unseren Energieverbrauch drastisch senken und den Klimaschutz mit dem Schutz der biologischen Vielfalt verknüpfen. Denn nicht blumige Worte in Koalitionsvereinbarungen werden den Naturhaushalt schützen, sondern allein Taten. Ohne den konsequenten Schutz alter Wälder, ohne die Revitalisierung der Moore und Auen, ohne ein überfälliges Tempolimit auf unseren Autobahnen oder das Verbot Stand-By-betriebener Elektrogeräte wird unser Land nicht zukunftsfähig. Statt weiter Schulden zu machen, müssen endlich alle umweltschädlichen Subventionen (über 45 Mrd. Euro pro Jahr) vom Tisch.

In den nächsten Jahren droht ein Roll-Back im Natur- und Umweltschutz. Der BUND wird dafür kämpfen, dass neue gesellschaftliche Mehrheiten für eine überfällige sozial-ökologische Wende entstehen. Eine Politik, die nicht dem ökologischen Primat verpflichtet ist, darf künftig keine Chance mehr haben.